

**Zeitschrift:** Die Berner Woche  
**Band:** 37 (1947)  
**Heft:** 36  
  
**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# POLITISCHE RUNDschau

## Devisen-Ausfall

-an- Wir besitzen zwar anerkanntermaßen «die beste Devisen der gesamten Weltwirtschaft» — der vorjährige Andrang des Dollars, den wir abzuwehren hatten, bewies es schlagend — aber die *Weigerung der britischen Regierung, ihren Bürgern weiterhin für Ferienreisen in die Schweiz Pfunde zur Verfügung zu stellen*, bedeutet für unsere Gesamtwirtschaft doch einen Schlag, bringt uns einen Ausfall an Guthaben, den wir sofort durch eine Importbremsung kompensieren müssten, wäre unsere Handelsbilanz «auf der Balance». Wir würden also hineingerissen in das trostlose Spiel, das in den zwei letzten Monaten angehoben, und würden mitschuldig an seinen Folgen. Das heisst, wir würden durch Einschränkung der Importe Länder, die alle guten und bösen Geister beschwören, um exportieren zu können, zurückstossen. Worauf wir erleben würden, dass man auf der Gegenseite auch *unsere Ausfuhr* abzustoppen begänne. Es kommt uns nun natürlich gelegen, dass wir über eine «Zahlungsbilanz» verfügen, die uns erlaubt, mehr zu importieren als zu exportieren. Das heisst, wir haben Kapitalguthaben und Zinsforderungen im Ausland, die den Mehr-Import bezahlen. Andernfalls wären wir, wie gesagt, verleitet, die englische Sperre «entsprechend zu beantworten».

Kann die Schweiz irgendwas tun, um den Engländern das Reisen in unser Land zu ermöglichen? Geht die Sache — um so zu fragen — am End auch uns etwas an, nicht nur die englische Regierung und die verstaatlichte Bank von England, welche den Kurs des Pfundes auf der Höhe zu halten verpflichtet ist? Es ist eine Frage an unsere verantwortlichen Stellen, die später, für den Fall einer neuen Krise in der Hotellerie, um Hilfe angegangen werden. Und es ist eine Frage, welche die gesamte Wirtschaft angeht. Muss doch jede Hilfe und jede Subvention an notleidende Gewerbe am Ende von der Gesamtwirtschaft getragen werden.

Also: Geht es auch uns etwas an? Wir wissen, dass beispielsweise *im Falle Schweden* die Frage gestellt wurde, ob Stockholm an Stelle der vereinbarten Dollarguthaben Sterlingguthaben akzeptieren werde. Schweden soll, dem Vernehmen nach, eventuell bereit sein und sich das Entgelt durch vermehrte Importe aus England zu verschaffen versuchen. Auch *wir* müssten in irgendeiner Form «Franken für Sterling» vorschiesen und den Entgelt in Waren zur Abzahlung der betreffenden Franken zu bekommen versuchen. Vielleicht Vorschüsse auf weite Sicht...? Voraussetzung ist natürlich, dass England «vor dem jüngsten Tag» solche Waren exportieren kann und wird...

Ein Seitenblick auf die neu aufziehenden «Währungsgewitter», die aus dem Sumpfe der Nachkriegsniederungen aufsteigen, kann nicht schaden. Wir gewinnen dadurch vielleicht ein wenig «Weite» und begreifen, wie



In Ungarn sind die Würfel gefallen: Nach einem propagandistisch gross aufgezogenen Wahlkampf haben nun über das vergangene Wochenende die eigentlichen Wahlen stattgefunden, die nach den ersten Ergebnissen darauf schliessen lassen, dass die Kommunisten die dominierende, aber nicht die Mehrheitspartei sind. Sofort nach den Wahlen ist auch die Uneinigkeit in der Regierungs-

schnell und unerwartet unser eigenes Spiel um Preis und Lohn gestört werden könnte.

## Konsolidierung der Positionen

Zwei Meldungen, die in der Flut des Geschehens beinahe untergingen, haben die Aufmerksamkeit der Welt nicht in dem Masse erregt, wie sie es sollten. *Erstens haben die Russen — unerwarteterweise — die Friedensverträge mit den fünf Satelliten Hitlers, Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland ratifiziert. Zweitens montieren die russischen Besatzungstruppen rücksichtslos die Eisenbahnschienen in der Ostzone ab und führen sie nach Russland.* Das dermassen entwendete Material sei, so erklärt der russische Zonenbefehlshaber, ein Ersatz für die vorenthaltenen Schienen, welche Russland von den Weltalliierten aus der Westzone als Reparationsgut hätte erhalten sollen.

Die erste Meldung besagt, dass Russland die Verpflichtung auf sich genommen hat, seine Truppen vor Jahresende aus Rumänien und Ungarn zurückzuziehen. In Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Bulgarien stehen ja längst keine «offen erkennbaren» Bestände mehr. Es würde demnach südlich des Pruth und des karpatorussischen Grenzwalles anfangs Dezember nur noch eine Art «Bahnwache» stehen, *bestimmt, die Transporte zu schützen, die zwischen Oesterreich und Russland verkehren.* Da auch Rumänien die Ratifizierung vorgenommen, könnte sich das Wunschbild erfüllen, an welches die Pessimisten vor allem in den betroffenen Ländern kaum mehr glauben wollten: Der Abzug der schwer lastenden Besatzungsarmee.

Das «Schienenmanöver in Deutschland» ist schwer zu deuten. Es bringt der deutschen Ostzone neue, unerwartete Nöte, legt den Verkehr teilweise lahm und muss vor allem für die Hauptstadt Berlin unheimlich destruktive Folgen haben. Dem Vernehmen nach schonen die Russen praktisch keine einzige Strecke, ausser der kurzen Verbindungs-

koalition eingezogen, da die Kleinlandwirte gegen die Form der Durchführung Protest eingelegt haben. Dasselbe wird auch von den Sozialdemokraten erwartet, die eine grosse Wahlpropaganda entfaltet haben, wie dieses Bild einer Demonstration auf dem Heldenplatz in Budapest beweist

linie zwischen Berlin und der neuen Grenzstadt Frankfurt an der Oder, die zur Hauptlinie Moskau-Berlin gehört. Die Nord-Südlinien werden ausser Funktion gesetzt, die Verbindung mit dem Meere ebenso wie mit dem südlichen Nachbar abgeschnitten.

Man könnte aus dem zerstörerischen Unterfangen schliessen, Moskau plane die Räumung des ganzen Gebietes, um es in einem möglichst chaotischen Zustande den West-Alliierten zu überlassen. Doch weisen weiter keine Anzeichen auf eine solche Absicht hin. Und wenn nicht *andere* Merkmale der russischen Haltung täuschen, wird in absehbarer Zeit etwas noch weniger Erwartetes erfolgen: Die Wiederaufmontierung von Ersatzmaschinen, aber *womöglich in russischer Spurweite.* Doch muss man abwarten, was geschieht. Bisher hat jede russische Massnahme den Zweck verfolgt, *Ost-Elbien wirtschaftlich, sozial und politisch dem Osten anzugleichen, eine «sowjetähnliche Struktur» zu erzielen.* Ein russisches Bahnnetz, auf welchem keine Wagen und Lokomotiven aus dem Westen verkehren könnten, würde durchaus in die russischen Pläne passen. Man bedenke überdies: Ein russisches Schienennetz müsste für den Kriegsfall einem Gegner mindestens Anfangsschwierigkeiten bereiten. Im Frieden würde an der Grenze jedem Transport Halt geboten, würde für jeden Güter- und Reiseverkehr Umlad und Umsteigen erzwungen. Die Totalkontrolle wäre nun möglich, und bisher bestehende Lücken würden geschlossen.

Passen solche umfassenden Pläne zur Verewigung der russischen Herrschaft östlich der Elbe zu den Absichten, sich aus den Donaugebieten zurückzuziehen? Sehr wohl! Man fühlt sich seiner Verbündeten in Belgrad, Bukarest und Sofia sicher, nachdem die bulgarische Bauernpartei als letzte Opposition aufgelöst und der Führer Petkoff zum Tode verurteilt, das gleiche in Slowenien mit Furlan geschehen und auch in Rumänien die Maniu-Partei verboten worden. Die Wahl-

len in Ungarn, wo man durch die Säuberung der Wählerlisten von den 2½ Millionen für die Kleinlandwirtepartei Stimmenden rund eine Million annullierte, sollen auch hier die «verlässliche» Ordnung schaffen. Immerhin scheinen die Kommunisten noch nicht ein Drittel der Mandate erobert zu haben, und die ebenfalls durch Streichungen geschwächten Sozialisten sind nicht aufgerufen worden, sondern nur aufs höchste aufgebracht gegen ihre terroristischen Brüder.

Man kann wohl sagen, dass die Russen sich aus einer Position zurückziehen, die sie als «konsolidiert» betrachten. Das heisst, ihre Freunde scheinen nun so fest im Sattel zu sitzen, dass keine westliche Agitation sie wegmanövrieren wird. Theoretisch wenigstens. In Ost-Elbien dagegen wird ein neues Kapitel der «Umerziehung» eröffnet. Es beginnt mit einem künstlich herbeigeführten Chaos, dem man wahrscheinlich durch eine demonstrative Hilfe «nach Moskauer Art» zu Leibe gehen wird.

Auch die Westmächte konsolidieren.

Das Londoner Abkommen über die Erweiterung des deutschen Industriepotentials bedeutet nach russischen Kommentaren einen völligen Bruch des Potsdamer Abkommens. Es ist ein gewollter Bruch und stellt die klare Antwort auf die bisherige russische Politik im besetzten Reiche dar. Der amerikanische Befehlshaber hat freilich erklärt, dass die französische und russische Zone sich anschliessen könnten; die zwischen England und den USA getroffenen Bestimmungen seien so gefasst, dass sie auf das gesamte Reichsgebiet angewendet und entsprechend erweitert werden könnten. Die russischen Vorwürfe seien gar nicht haltbar angesichts der Tatsache, dass Moskau seit Friedensbeginn alles vorgekehrt habe, um die Zusammenarbeit der Zonen zu verhindern. Auf den russischen Vorhalt, London und Washington hätten die Ruhr dem deutschen Volke entwunden und dem fremden Kapital ausgeliefert, liesse sich natürlich leicht eine Antwort finden. Die «gemischten Gesellschaften» in Ost-Elbien, in welchen die Russen über die Mehrheit der Anteile verfügen, produzieren fast hundertprozentig auf russisches Reparationskonto und entziehen sich jeder Kontrolle deutscher Stellen. Von «Kapitalüberfremdung» zu sprechen, ist also kaum die Sache der Russen. Wovon zu sprechen wäre, das ist der Anteil, welcher dem deutschen Volke von seinem Arbeitsertrag übrig bleibt. Vielleicht wird in der November-Konferenz, sofern sie noch zustande kommt, darüber diskutiert werden.

Die Deutschen selbst sind der Ansicht, dass ihnen auch die Engländer und Amerikaner nicht genug davon übriglassen wollen, von den Franzosen, die immer noch ihre Armee aus dem besetzten Gebiete nähren, nicht zu reden. Es handelt sich um eine sehr interessante Rechnung, wenn man «den Fall» genau betrachtet. Bisher hat sich England darüber beklagt, dass es für seine Zone Zuschüsse leisten musste, statt dass es etwas «auf Reparationskonto» erhielt. Die gleiche Klage führen die Amerikaner. Wogegen die Deutschen der Ansicht sind, all die abtrans-

portierten Maschinen aus den Westzonen seien immerhin etwas.

Wie wollen nun London und Washington die künftigen deutschen Leistungen regeln? Vorab: Sie scheinen sich nicht zum russischen Grundsatz: «Reparationen aus der laufenden Produktion», bekehrt zu haben. Was abtransportiert werden soll, sind Maschinen und industrielle Anlagen bis auf eine bestimmte Grenze. Die Einzelbestimmungen sehen vor, dass im Maschinenbau den Deutschen statt 40 nun 65% der vorhandenen Produktionsmittel verbleiben sollen, im Leichtmaschinenbau 67%, von den Anlagen für die Herstellung von Werkzeugmaschinen ebenfalls 65% statt nur 15; 100% des in den beiden Zonen noch Vorhandenen wird den Deutschen im Traktoren- und Autobau belassen, desgleichen in der Optik und Feinmechanik. Die chemische Industrie liefert dagegen, wenn sie ihre jetzige Produktion um 42% gesteigert haben wird, 45% der Gesamtanlagen als Reparationswert. Die Elektro-Industrie wird den Deutschen fast zur Gänze bleiben, ebenso die Werke für Zement und alle Kraftwerke.

Kann Westdeutschland auf dieses Basis wieder hochkommen und dadurch ein wertvolles und williges Glied im «Atlantikwall» werden, den USA und England auszubauen beabsichtigen? Dies gilt es zu fragen. Denn der Westen bleibt zwiespältig.

Das ist nicht nur der Fall in bezug auf die vertagten Kontroversen über Sozialisierung der Ruhr; auch das französische Sicherheitsbedürfnis, welches eine Einigung zwischen Paris und London-Washington verhindert, weist nicht auf den bitteren Kern der Problematik, die den organischen Aufbau einer neuen Welt verhindert. Da fängt in USA der Grosshandel schon zu seufzen an



Mit einer Beechcraft-Maschine ist der Generalinspektor der französischen Armee, General de Latre de Tassigny, in der Schweiz eingetroffen und auf dem Flugplatz Thun gelandet. — Unser Bild zeigt General de Latre de Tassigny (links) mit Oberstdivisionär Rihner, Kommandant der Flieger- und Flabtruppen, der zum Empfang nach Thun gekommen war

über die gefüllten Lager, die man im Inland nicht mehr so leicht an den Mann bringen kann, und für die es keine Exportmöglichkeiten gibt, weil die Welt nicht genügend Dollars besitzt, um zu kaufen. Und da setzt England eine rigorose Importdrosselung in Szene, sperrt die Devisen für Ferien im Ausland und verfügt so gewaltige Einschränkungen im Verbrauch, dass sich die Amerikaner fragen müssen, ob sie überhaupt demnächst noch mit ihrem so wichtigen Kunden England rechnen dürfen. Da verfügen auch die Franzosen eine Herabsetzung der Importkontingente aus USA, Brot und Kohle ausgenommen, dass sie praktisch dem lieferwilligen und auf Exportausweitung erpichten Dollarlande die Wege sperren.

Zur selben Zeit aber hört man, dass General Marshall den in Paris beratenden Delegierten der Sechzehner-Konferenz folgenden Rat erteilt: Europa muss mehr produzieren. Insbesondere muss Frankreich die eigene Weizenproduktion erhöhen. England muss Kohle exportieren wie früher. Mit andern Worten: General Marshall kann nicht abwarten, bis sich die Situation einstellt, welche man in USA voraussieht und fürchtet! Ein voll exportfähiges England, Frankreich, Italien und Deutschland, so meint es natürlich General Marshall, können Dollars verdienen und infolgedessen Amerikawaren importieren, was das Zeug hält. Bevor sie aber bezahlen können, wollen England und Frankreich vorderhand weniger kaufen. So gleitet man im schnellsten Tempo in jenes betäubliche Schlamassel, welches die Jahre zwischen 1920 und 1930 kennzeichnete. Damals versuchten unzählige Konferenzen, die berüchtigten Zollschränken zu beseitigen, an welchen jeder erlösende Handel scheiterte. Heute und morgen werden es nicht mehr die Zölle sein, sondern die «Kontingente», an welchen sich der aufstrebende Welthandel das Genick bricht. Und es werden die Währungsorgen sein, die Staat um Staat verleihen, dem Welthandel ein Bein zu stellen. In den Kommentaren zur Wirtschaftspolitik der westlichen «Grossen» und «Kleinen» kommt kaum je zum Ausdruck, welches selbstmörderische Spiel gespielt wird. Das Resultat wird mit grösster Beschleunigung reif werden: USA kann unter Umständen schon in der bekannten Ueberflusskrise stecken, wenn die europäischen Länder noch bitteren Mangel leiden. Und alles nur, weil die USA zwar exportieren, nicht aber in jenem Umfange kreditieren wollen, der zum Wiederaufbau des Westens notwendig wäre.

Natürlich setzt man heute auf den «Marshall-Plan» und glaubt, dass die USA 14 Milliarden übrig haben werden, um die industriellen Ausrüstungen und das Transportwesen unseres Kontinents in raschestem Tempo zu erneuern und zu erweitern. Aber noch kennt die Welt keinen Plan, der das Verhältnis zwischen den USA und den neu auf die Beine gebrachten Konkurrenten regeln würde, so dass sie «zu Partnern» würden. An diesem Aspekt mit seinen bedenklichen Zukunftsaussichten kann die Konsolidierung der westlichen Positionen scheitern, ebenso leicht wie die Russen an ihrer Uebermechanisierung der Wirtschaft zuschanden werden können.